Debatte des Deutschen Bundestages am 2. April 1998

[. . .]

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 und den Zusatzpunkt 6 auf:

TOP 5
Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Hartmut Koschyk, Rainer Eppelmann und der Fraktion der CDU/CSU, den Abgeordneten Markus Meckel, Siegfried Vergin und der Fraktion der SPD, den Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Abgeordneten Dr. Rainer Ortleb, Dr. Max Stadler, Ina Albowitz und der Fraktion der F.D.P. eingebrachten Entwurfs eines *Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*
– Drucksache 13/9870 –
(Erste Beratung 219. Sitzung)

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)
– Drucksache 13/10325 –

Berichterstattung: Abgeordnete
Hartmut Koschyk
Markus Meckel
Gerald Häfner
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

ZP 6
Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sicherstellung und Fortführung des gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses durch Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung

– zu dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“
Teilbericht zu dem Thema
„Errichtung einer selbständigen Bundesstiftung des öffentlichen Rechts zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“

– Drucksachen 13/4353, 13/8700, 13/10325 –

Berichterstattung: Abgeordnete
Hartmut Koschyk
Markus Meckel
Gerald Häfner
Dr. Max Stadler
Ulla Jelpke

Es liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Abgeordneten Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen, der die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorsieht. Das für mich Schönste an diesem Gesetzentwurf – das will ich deutlich sagen – ist, daß wir ihn heute nach monatelanger Beratung als Entwurf der vier genannten Bundestagsfraktionen wirklich vorlegen können.

Es geht bei der zu errichtenden Stiftung nicht, wie einige Spötter in diesen Tagen gerne sagen, um die Fortsetzung der Enquete-Kommission aus der 12. und 13. Legislaturperiode des Bundestages zu den Nachwirkungen von Geschichte und Folgen des SED-Staates mit anderen Mitteln. Nein, es geht vielmehr darum, der Aufarbeitung dieser Diktatur, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt, Beständigkeit und Stetigkeit zu verleihen.

Das ist auch dringend notwendig. Für die weitere Entwicklung Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa sind nämlich die Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts entscheidende Lernerfahrungen. Daß nach 1945 in einem Teil Deutschlands auf die nationalsozialistische Diktatur eine kommunistische Diktatur folgte, darf nicht vergessen werden. Das Kredo der Deutschen nach diesen geschichtlichen Erfahrungen kann nur lauten: Nie wieder Diktatur!

Wer aber die zweite Diktatur auf deutschem Boden nicht thematisieren will, trägt zur Schwächung des demokratischen und antitotalitären Selbstbewußtseins bei. Das öffentliche Bewußtsein über den Diktaturcharakter des SED-Staates scheint heute noch nicht ausreichend gefestigt. Häufig wird nur das NS-Unrechtsregime in den Blick genommen, obwohl es geraten scheint, gerade die doppelte Diktaturerfahrung zu reflektieren. Vor allem die Opfer der SED-Diktatur beklagen, daß dieses Unrechtssystem zwischen Elbe und Oder im öffentlichen Bewußtsein oftmals nicht mehr hinreichend präsent ist.

Ich meine, liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann durchaus negative Folgen für die rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie in Deutschland haben, wenn die SED-Diktatur als legitime Alternative zum Rechtsstaat Bundesrepu-

blik Deutschland betrachtet wird, wie es die historischen Deutungsbemühungen der PDS beabsichtigen. Die Demokraten müssen diesen Versuchen die Wahrheit entgegensetzen. Die PDS ist hierzu offensichtlich unfähig und ist zu großen Teilen auch gelähmt.

Wie gespalten die PDS einer Aufarbeitung der SED-Diktatur gegenübersteht, zeigt sich an ihrem parlamentarischen Verhalten gerade gegenüber der heute durch einen Gesetzentwurf zu gründenden Stiftung. Als wir an dieser Stelle am 13. November 1997 den Zwischenbericht der Enquete-Kommission entgegengenommen haben, hat der Kollege Elm eine mehrheitlich zustimmende Einstellung der PDS-Gruppe zu diesem Zwischenbericht signalisiert. In den abschließenden Ausschußberatungen diese Woche mußten wir vernehmen, daß die PDS-Vertreter diesen Gesetzentwurf ablehnen bzw. sich allenfalls enthalten wollen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: Das hat auch gute Gründe!)

Ohnehin, liebe Kollegin, trägt die PDS bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur eher zur Verschleierung von Schuld und Verantwortung und der historischen Wahrheit bei.

(Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: Das ist absoluter Blödsinn!)

Ihr und den Kadern des alten Systems geht es darum, Funktionsträger des SED-Regimes reinzuwaschen. Wenn dann die Wahrheit durch historische Forschung oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ans Licht kommt, reagieren die alten Funktionsträger abwehrend, aggressiv, ja sogar drohend.

Vor wenigen Tagen kündigte der ehemalige Generalsekretär der SED Egon Krenz am Grabe des langjährigen Politbüromitglieds Erich Mückenberger an, für die Urteile gegen ihn und seine Genossen – ich zitiere wörtlich – „werden wir die Richter eines Tages zur Verantwortung ziehen".

(Gerald Häfner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Ich darf an eine Äußerung des Kollegen Zwerenz hier im Bundestag erinnern, der im Hinblick auf die Bemühungen dieses Hauses, Licht ins Dunkel der Stasivorwürfe gegen Gregor Gysi zu bringen, in einer Pressemitteilung drohte – ich zitiere ebenfalls –:

> Wir werden die Umtriebe protokollieren für die nächste Wende. Sie kommt gewiß in diesem wendereichen Zeitalter.

(Rainer Eppelmann [CDU/CSU]: Ungeheuerlich!)

Revanche statt selbstkritischer Aufarbeitung scheint das Motto der PDS und ihrer Gesinnungsgenossen zu sein. Unserer Gesellschaft würde jedoch ein schlechter Dienst erwiesen, wenn die Verdränger und Beschöniger der SED-Diktatur die Oberhand gewännen. Deshalb muß es auch Aufgabe dieser Stiftung sein, diese geistig-politische Auseinandersetzung mit denen in unserem

Land zu leisten, die, statt aufzuarbeiten, verdrängen und, statt die Wahrheit darzustellen und sich mit ihr auseinanderzusetzen, beschönigen wollen.

Ich bitte deshalb namens unserer Fraktion um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Wie das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in der Hektik der Abschlußberatungen im Innenausschuß bei der Erstellung der Beschlußempfehlung für das Plenum ein Redaktionsversehen passiert. Durch dieses Redaktionsversehen ist im Ausschußbericht Satz 3 des § 6 Abs. 5, der heißt: „Der Stiftungsrat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen.“, nicht in diese Beschlußempfehlung aufgenommen worden. Wir können das heilen, indem ich das hier vortrage. Ich gehe davon aus, daß dieser in der Beschlußempfehlung des Ausschusses redaktionell unter die Räder gekommene Satz in der zweiten und dritten Lesung Ihre Zustimmung findet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Markus Meckel.

Markus Meckel (SPD): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich ebenfalls sehr, daß wir heute so weit sind, dieses Gesetz zu verabschieden und in der Folge die Stiftung zu gründen.

1994 haben wir in dem Sondervotum der SPD zu der ersten Enquete-Kommission diesen Vorschlag gemacht. Er ist dann verschiedentlich aufgenommen und diskutiert worden. Es war von Anfang an klar, daß eine solche Stiftung nur möglich sein wird, wenn man sie nicht im Alleingang, sondern gemeinsam zu gründen versucht.

Denn es ist eine ganz zentrale Dimension der Aufarbeitung von Vergangenheit, daß sie nicht unpolitisch ist – Vergangenheitsaufarbeitung ist immer auch ein politisches Geschäft; sie ist immer auch strittig, aber sie muß nicht entlang den Parteigrenzen strittig sein –, daß sie nur sehr begrenzt parteipolitisch instrumentalisierbar ist, auch wenn dies unbezweifelbar immer wieder versucht wird. Es ist eine Frage der politischen Kultur eines Landes, wieweit man fähig ist, daraus nicht nur parteipolitischen Streit zu machen.

Ich bin sehr froh, daß es uns heute mit den vier Fraktionen dieses Bundestages gelungen ist, dieses Gesetz einzubringen und gemeinsam zu verabschieden. Ich möchte mich bei allen bedanken – das ist in unserem Hause nicht so sehr üblich –, bei den Mitarbeitern der Enquete-Kommission und des Innenausschusses, die die Arbeit bereitwillig mitgetragen haben, und den Sachverständigen, die die Arbeit der Enquete-Kommission und das Erstellen des Zwischenberichts mitgetragen haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ein Teil von ihnen sitzt auf der Tribüne.

Die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist eine Aufgabe, von der wir überzeugt waren und sind, daß sie nicht nur eine Aufgabe für ehemalige DDR-Bürger ist, sondern eine Aufgabe aller Deutschen. Wir wissen – manchmal muß man es aber auch sagen –, daß die DDR-Geschichte ein Teil der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist. Damit ist die DDR nicht nur „der eine deutsche Staat", sondern auch der Staat, auf den sich der andere deutsche Staat immer wieder bezogen hat. Auch die Politik der alten Bundesrepublik wäre gar nicht verständlich ohne die ständige Auseinandersetzung mit diesem anderen Teilstaat.

Insofern geht es bei der Betrachtung unserer Geschichte nicht nur um die gesamtdeutsche Notwendigkeit, sich mit der DDR auseinanderzusetzen, sondern auch darum, sich mit der Geschichte der Teilung und den verschiedenen Dimensionen und Perspektiven auseinanderzusetzen. Ich glaube, daß auch wir als Enquete-Kommission dieses nicht immer hinreichend und deutlich genug getan haben. Dies wird für die Zukunft eine wesentliche Aufgabe sein.

Für viele Menschen im Westen sind die Geschichte der DDR und die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, weitgehend eine Terra incognita, ein unbekanntes Land – Erfahrungen, die wenig bekannt, nur sehr schemenhaft und oft auch nur in wenigen Stichworten aufzeigbar sind. Ich glaube, hier muß sich etwas ändern, wenn wir als Deutsche in Ost und West künftig gemeinsam als deutsches Volk Geschichte machen und miteinander leben wollen.

Das betrifft zum Beispiel auch die Frage der Schulbücher. Was in der Wissenschaft erkannt worden ist, hat noch lange nicht Eingang in die Schulbücher gefunden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber das gilt auch für die DDR-Bürger. Viele von ihnen glauben, sie seien von vornherein Experten für DDR-Geschichte. Dabei gehörte es zum System, daß, da es keine Öffentlichkeit und keine öffentliche Debatte gab, jeder nur seinen Ausschnitt kannte. Ich muß sagen: In den letzten Jahren, in denen wir uns mit unserer Geschichte befaßt haben, habe ich selbst, der ich die ganze Zeit in der DDR gelebt habe, über dieses Land, seine Bezüge und ganz andere gesellschaftliche Bereiche sehr viel gelernt. Ich denke, das ist eine Aufgabe, der wir uns im Miteinander, im gegenseitigen Erzählen, durch Förderung von Wissenschaft und politischer Bildung sowie im Zur-Sprache-Bringen und Zur-Sprache-bringen-Lassen der Menschen, die ihre jeweiligen besonderen Erfahrungen gemacht haben, stellen müssen. Dies wird wichtig sein.

Dies ist die Aufgabe der Stiftung. Sie soll keine Oberbehörde oder Zentrale für Aufarbeitung sein – es ist ganz klar: notwendig sind plurale Träger in den verschiedenen Bereichen der politischen Bildung, der Wissenschaft –, das kann die Stiftung nicht leisten; denn dann müßten wir sie ganz anders ausstatten. Ihre Aufgabe soll vielmehr sein, diese pluralen Träger, diese vielen kleinen

und größeren Träger zu unterstützen, zusammenzuführen, ihnen Anregungen zu geben und damit ein Motor in diesem gesamtgesellschaftlichen Geschäft zu sein.

Meine Damen und Herren, es gibt schon viele, die sich dieser Aufgabe widmen, auch in der politischen Bildung, auch in der Wissenschaft. Ich nenne insbesondere die mehr als 60 Aufarbeitungsinitiativen in Ostdeutschland, die mit großem Engagement – wenn heute auch nicht mehr mit Risiko; es sind viele, die vorher in der Opposition tätig waren – und durchaus mit manchen Entbehrungen tätig waren und sind; denn bezahlt wurde diese Arbeit oft nicht. Viel ehrenamtliche Tätigkeit steckt dahinter, und dort, wo in der Vergangenheit öffentliche Mittel zur Verfügung standen, sind diese oft ausgelaufen.

Deshalb ist es besonders wichtig, daß auch diese Aufarbeitungsinitiativen von dieser Stiftung Mittel erhalten, um ihre Arbeit weiter tun zu können; denn obwohl es sich nur um Minderheiten in der Gesellschaft handelt – an Aufarbeitung sind übrigens immer nur Minderheiten interessiert –, tun sie etwas, was für die gesamte Gesellschaft, für die Nation und ihr Selbstverständnis wichtig ist. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe und uns ein wesentliches Anliegen – es soll auch das erste sein, was die Stiftung macht –, diesen Initiativen zu helfen, ihre Arbeit fortzusetzen.

Es sind nur Projektmittel, die wir zur Verfügung stellen können. Ich muß vor zu hohen Erwartungen warnen, auch vor der Erwartung, daß alles, was jetzt geschieht, künftig von der Stiftung finanziert werde. Dies wird nicht möglich sein. Ich denke nur daran, daß der Beauftragte für die Stasiunterlagen in Berlin, bisher allein durch den Senat finanziert, für seine Arbeit jedes Jahr mehrere Millionen DM erhält. Diese Summe wird nicht allein von der Stiftung übernommen werden können. Die Länder und die Gemeinden bleiben in der Pflicht. Gleichzeitig muß man sagen, daß sich auch andere Stiftungen, auch andere Träger dieser Arbeit weiterhin hier engagieren müssen, nicht nur mit Rat und Tat, sondern eben auch mit Geld.

Aufarbeitung der Vergangenheit – ich sagte es – ist etwas, was uns als Deutsche alle betrifft; aber es ist nicht nur etwas für uns Deutsche, sondern es hat eine Dimension, die europäischen Charakter hat. Wir haben im Januar eine Veranstaltung durchgeführt, auf der verschiedene Personen aus mehr als einem Dutzend Ländern Europas anwesend waren, aus dem ganzen früheren Ostblock, also aus Ländern, in denen es vergleichbare Probleme gibt, wenn auch ganz anders in der konkreten Geschichte, ganz anders im Umgang mit ihr danach. Oft schaut man neidvoll nach Deutschland.

Hier wird durchaus auch erwartet, daß diese Stiftung in der Kommunikation, im europäischen Miteinander des Bedenkens dieser Fragen Anregungen für die wissenschaftliche Forschung, für die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen den Ländern gibt. Hier werden wir auch künftig in dieser Weise gefragt sein.

Wesentlich ist – und damit möchte ich schließen –, daß diese Stiftung zu einer Erinnerungskultur in Deutschland beitragen kann. Auch das kann sie nicht allein machen; aber sie kann zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Gedenktagen, etwa des 17. Juni oder des 13. August, zur Verfügung stehen.

Ich möchte einen Tag hinzufügen, der in Verbindung mit der Erinnerung an ein ganz anderes Datum gerade jetzt sehr häufig erwähnt wird, und zwar den 18. März. Wir haben ja in den letzten Wochen oft des 18. März als des 150. Jahrestages der 1848er Revolution und damit einer wesentlichen demokratischen deutschen Tradition gedacht. In dieser ganzen Debatte hat fast nirgendwo die Tatsache eine Rolle gespielt, daß der 18. März zugleich das Datum der freien Wahl in der DDR war, das Datum, an dem wir eine siegreiche Revolution zu Ende geführt haben und ein demokratischer deutscher Staat entstand, der dann die Möglichkeit und auch die Fähigkeit hatte, zusammen mit der Bundesrepublik die deutsche Vereinigung zu organisieren.

Ich wünsche dieser Stiftung alles Gute.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ihre Arbeit beginnt jetzt. Wir sollten sie auch als Bundestag künftig begleiten; denn von uns wird es abhängen, daß sie genügend Finanzmittel bekommt, um ihre Arbeit tun zu können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Gerald Häfner.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 40 Jahre lang war das Land, in dem wir leben, getrennt – nicht nur getrennt: Es war geteilt, durch Mauer und Stacheldraht. Unzählige Menschen haben ihr Leben an dieser Grenze verloren. Heute hat man das Gefühl: Es ist schon fast nicht mehr wahr. Fast niemand erinnert sich mehr daran. Mein Sohn beispielsweise hat das nie mehr erlebt. Wenn ich ihm das erzähle, kann er es sich nicht vorstellen.

Ich habe auch den Eindruck, viele wollen allzu schnell zur Tagesordnung übergehen, wollen die nötigen unbequemen, schwierigen, auch schmerzhaften Fragen nicht stellen – so, wie sie sich auch diesen Fragen nicht stellen wollen.

Der Deutsche Bundestag legt mit dem, was heute Abgeordnete aller Fraktionen des Hauses gemeinsam hier einbringen und zur Abstimmung stellen, ein klares Bekenntnis dafür ab, die Aufarbeitung dieser Vergangenheit, auch der schmerzhaften, schwierigen Seiten davon, fortzusetzen. Wir wollen, daß diese

Aufarbeitung subsidiär geleistet wird. Ich glaube, beides ist ein ungemein wichtiges Zeichen – gerade heute.

Das eine deshalb, weil Aufarbeitung kein Selbstzweck ist. Aufarbeitung ist mehr als der Blick zurück in die Vergangenheit. Aufarbeitung, glaube ich, kann, wenn sie gelingt, aus dieser Vergangenheit heraus Erkenntnisse sichern, die unerläßlich sind für die Gegenwart und die Zukunft, etwa wenn es darum geht, Demokratie zu verteidigen, oder wenn es darum geht, Zivilcourage zu beweisen. Das ist ihr eigentlicher, tieferer Sinn.

Ich glaube auch, daß es einen Wert an sich hat, die Wahrheit zu erkennen und zu benennen, auch wenn sie schmerzt. Ich denke, daß letztlich nichts heilsamer ist als diese Wahrheit. Und wenn wir, unser ganzes Land, versuchen, uns dieser Wahrheit zu stellen, dann stehen uns noch viele schwierige Fragen bevor. Ich will deshalb auch eine Frage an uns stellen, an die Kreise und an die Bewegung, aus denen ich selbst komme. Die Linke und auch Teile der Grünen in Deutschland haben sich jahrelang wesentlich leichter getan, für Menschenrechte in Chile und Südafrika zu kämpfen als für Menschenrechte in Ostberlin, Dresden oder Chemnitz.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Sehr wahr! Da hat er recht!)

Diesen Fragen müssen wir uns stellen. Ich glaube: Alle hier im Hause haben ebensolche Fragen, auch an sich selbst zu stellen. Wir sollten diese Fragen nicht voreilig beantworten, sondern uns fragen: Wie kommt so etwas zustande, wie war das alles möglich?

Wir tun hier etwas für die Fortsetzung der Arbeit an diesen Fragen, der Aufarbeitung in Deutschland, und wir tun es in der Weise, daß wir – das haben beide Vorredner schon deutlich gesagt – die Aufarbeitung nicht monopolisieren. Wir schaffen kein Zentralinstitut für Aufarbeitung, wir machen das genaue Gegenteil: Wir sind uns dessen bewußt, daß Aufarbeitung immer nur zu kleinen Teilen von Parlamenten, von Gerichten, von etablierten gesellschaftlichen Institutionen geleistet werden kann.

Im Kern ist die Aufarbeitung zurückliegenden Unrechts vielmehr eine politisch-kulturell-gesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe, die vor allem „unten“ in der Gesellschaft selbst passieren muß. Wer wäre dazu besser prädestiniert als diejenigen Menschen, die auf Grund ihrer Biographie, ihres besonderen und besonders schweren Lebensweges ebenso wie ihrer persönlichen Entscheidungen in diesem Leben ohnehin schon mehr als andere ihre Aufgabe sehen, diese Arbeit tun und sie heute vielfach nicht mehr fortsetzen können, weil die Mittel dazu fehlen.

Deshalb wollen wir mit der Stiftung vor allen Dingen helfen, diese so wichtige Arbeit fortzusetzen: die Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen, auch der Opferverbände, die Arbeit der unabhängigen Archive, die Arbeit der freien und unabhängigen Forscher, die vielfach nicht die Möglichkeit hatten, ein Hochschulstudium zu durchlaufen, aber auf Grund ihrer persönlichen Kenntnisse und Er-

fahrungen viel genauer wissen, wovon die Rede ist, wenn es um die Aufarbeitung dieser Vergangenheit geht.

Ich bin ausgesprochen froh, daß uns das in so gutem Geist konstruktiv und gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinweg gelungen ist. Es sei dabei nicht nur den Abgeordneten, die hier sprechen, gedankt. Es sei auch den Mitarbeitern gedankt, und ich möchte auch die Mitglieder und Sachverständigen der Enquete-Kommission neben vielen anderen nennen, die hieran mitgewirkt haben. Ich bin froh und auch ein bißchen stolz, daß uns das gemeinsam so gelungen ist. Ich glaube, daß das ein wichtiges Werk ist, das für die Zukunft dieses Landes von Bedeutung sein kann.

Lassen Sie mich, bevor ich zum Schluß kommen muß, nur noch darauf hinweisen: Es gibt auch eine Tendenz zur Einseitigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Vergangenheit, die mit durch etwas eigentlich Gutes entstanden ist, was wir gemeinsam schon früher im Deutschen Bundestag bewirkt und erreicht haben: das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Ich halte das wahrlich für eine große Errungenschaft. Aber es gibt heute eine starke Beschäftigung mit dem Staatssicherheitsdienst, dem ehemaligen Unterdrückungsapparat. Es gibt aber viel zu wenig Beschäftigung mit denen, die diesen Unterdrückungsapparat überhaupt erst eingesetzt haben, denen, die Aufträge gegeben und die Fäden gezogen haben, denen, die diese Politik verantwortet haben. Auch dies wird eine Aufgabe dessen sein, was in der Stiftung zu leisten ist und durch die Stiftung ermöglicht werden soll.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Bitte kommen Sie zum Schluß.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme zum Schluß.

Viele fragen natürlich, worin heute die Bedeutung einer solchen Arbeit liegen kann. Ich glaube, daß die Erfahrungen, die in der DDR-Diktatur gemacht worden sind, zu einer moralischen Substanz für das ganze Land führen können, wenn sie richtig erkannt und verarbeitet werden. Das nährt die Hoffnung, daß sich Vergleichbares nicht wiederholt. Dazu einen Beitrag geleistet zu haben lohnt diese Anstrengung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Professor Dr. Rainer Ortleb.

Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht mir bei diesen in Übereinstimmung vorbereiteten Gesetzesvorlagen so wie schon bei der Einrichtung der Enquete-Kommission: Als vierter Redner zum Thema, der sich mit seinen Vorrednern im Konsens befindet, kann ich zur Sache an sich nichts Neues beitragen. Ich möchte daher die Gelegenheit nut-

zen, Erinnerungen vorzutragen und dabei unterschiedliche Etappen der Betrachtungsweise des Problems Bewältigung zu skizzieren.

Als es 1989/90 mit der DDR zu Ende ging, ist das auch für mich ein einschneidendes Ereignis gewesen. Mein bisher nicht angetastetes Glaubensbekenntnis eines Mathematikers, zweimal zwei sei vier, war nicht mehr das Entscheidende, als sich eine Gesellschaft, die ich als erstarrt und nicht zum Umbruch fähig ansah, plötzlich im Umbruch befand – und überdies auf friedliche Weise. Weil man im Vorfeld dieser Ereignisse das Gefühl hatte, mit dem Staat würde es schwieriger und schwieriger, habe ich seinerzeit gern formuliert, das Problem der DDR sei, daß sie daranging, drei Errungenschaften der menschlichen Urgesellschaft in Frage zu stellen. Das eine war die Abschaffung der Erfindung des Geldes. Wir hatten am Ende mehrere Währungen in der DDR: vom Forumscheck bis Valuta, daneben die eigentliche Währung. Zweitens wurde die Arbeitsteilung abgeschafft, indem jeder selbst tapezierte oder sein Auto reparierte, weil es dafür keine Kapazitäten gab. Ehe es dann zum dritten an die Abschaffung des Rades ging, ist der Staat Gott sei Dank zusammengebrochen.

Es war eine aufregende Zeit, eine Zeit des Machens gewesen. Das Fernsehen der DDR wurde plötzlich interessant. Es fanden Demos statt, es fanden Auseinandersetzungen statt, es gab plötzlich runde Tische, an denen man offen diskutieren konnte. Die Demos unter der Überschrift „Keine Gewalt“ haben im Grunde genommen das erreicht, was wir heute in der Rückschau als Ergebnis sehen können.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die letzte Volkskammer war sicherlich ein Parlament der Macher. Oder welches andere Parlament hat sich in einem höheren Staatsinteresse entschlossen, sich selbst abzuschaffen, wie es die Volkskammer getan hat?

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Nicht einmal im Saarland!)

Wenn ich an Bewältigung denke, dann fällt mir natürlich auch ein, daß schon am Anfang manche Torheiten begangen worden sind. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich an die Fernsehbilder erinnert, als die Archive der Staatssicherheit gestürmt wurden und man mit Brechstangen die Festplatten zerstörte. Ich glaube, die Gauck-Behörde hätte es heute wesentlich leichter, wenn sie diese Platten hätte. Aber das war ein Ausdruck der Wut, des Trotzes und des Hasses.

(Reiner Krziskewitz [CDU/CSU]: Oder gezielte Arbeit!)

Die letzte Volkskammer der DDR hat in unglaublich forscher Weise viele Gesetzesvorlagen verabschiedet, so daß ich mir manchmal wünschen würde, daß etwas von diesem Tempo auch in den Deutschen Bundestag übergekommen wäre.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als der 3. Oktober uns die staatliche Einheit brachte, war auch noch wenig vom Blick zurück zu spüren, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil viele den Mechanismus in seiner vollen Tragweite noch gar nicht erkennen konnten. Erst die Untersuchungen der dann eingerichteten Enquete-Kommissionen – zwei sind es ja inzwischen – haben bewirkt, daß unter politischer Leitung diese Problematik forciert wissenschaftlich angegangen wurde.

Schließlich ist die Stiftung, die wir heute ins Leben rufen, das Fazit der Arbeit der Enquete-Kommissionen. Der Gedanke der Bewältigung soll weiterleben. Wie schwierig Bewältigung ist, wissen wir alle, wenn wir an die rechtliche Aufarbeitung denken. Wie wir inzwischen alle wissen, ist es nicht so einfach, mit einem Nicht-Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Mitteln fertig zu werden,

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ohne selbst Praktiken des Nicht-Rechtsstaates anzuwenden. Denn das Prinzip, nach dem früher manches Recht gesprochen wurde, beruhte mehr oder weniger auf einer Umkehr der Beweislast. Wir aber müssen die Tat beweisen, wenn wir jemanden verurteilen wollen.

Eine andere Schwierigkeit ist, daß man für Geschichte und ihre Betrachtung Abstand braucht. Wenn Sie – ich bleibe in einem Bild – in einer Großstadt spazierengehen, werden Sie viele Türen, viele Straßenecken, viele Hausnummern, viele Simse, viele freundliche oder nicht freundliche Leute sehen. Wenn Sie sich aber mit einem Hubschrauber über der Stadt bewegen, erkennen Sie die Strukturen. Eines Tages haben Sie eine Karte über das Umfeld und die Zusammenhänge. Wir waren 1989 die Spaziergänger im Häuserviertel der Aufarbeitung und haben zunehmend die Perspektive des Hubschraubers erlangt. Die endgültige Kartierung wird diese Stiftung machen und auch schwierige Probleme, wie etwa den Alltag in der DDR, beschreiben. Wie schwierig das ist, haben wir in der Enquete-Kommission gemerkt, als wir die entsprechende Gruppe ins Leben gerufen haben. Es ist uns unglaublich schwergefallen, das überhaupt in Worte zu fassen, ohne daß es Nostalgie wird. Das ist eine andere Gefahr.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ihre Redezeit ist um.

Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Abschließend möchte ich sagen, daß die Fraktion der F.D.P. diesem Stiftungsgesetz vorbehaltlos in der Erwartung zustimmt, daß die Stiftung ihre Aufgabe erfüllen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Dr. Ludwig Elm das Wort.

Dr. Ludwig Elm (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vertreter der PDS haben in der Enquete-Kommission am Konzept einer Stiftung zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit mitgearbeitet. In der Plenardebatte zum Zwischenbericht der Kommission am 13. November 1997 wurde die grundsätzliche Zustimmung zum Stiftungsprojekt auch vor dem Hintergrund unserer Herkunft und der Verpflichtungen zur Wiedergutmachung sowie als Bereitschaft ausgedrückt, weiterhin an der allseitigen, kritischen Aufarbeitung von Gesellschaft, politischem System und Geschichte der DDR mitzuwirken.

In die Ausarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfs wurden wir nicht einbezogen. Mit unserem Änderungsantrag bejahen wir wiederum die eigentliche Stiftungsidee, indem wir beispielsweise einleitend in der Begründung schreiben:

> Im Respekt vor den Menschen, denen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR Unrecht zugefügt wurde, unterstützt die Gruppe der PDS die Errichtung einer Stiftung, die sich im besonderen Maße der Anliegen der Opfer annimmt. Zur Aufarbeitung

– so heißt es weiter wörtlich –

> gehört auch die Sicht und die direkte Beteiligung der Opfer und die Auseinandersetzung mit den Unterdrückungsmechanismen.

Unser Antrag richtet sich auf die Versachlichung des Namens und des Auftrages der Stiftung sowie gegen den Ausschluß der PDS aus dem Stiftungsrat. Der Status als parlamentarische Gruppe ist besonders in diesem Fall ein in jeder Hinsicht unglaubwürdiger Vorwand. Er ist mit dem ursprünglichen parteiübergreifenden Anliegen des Stiftungsvorhabens unvereinbar und widerspricht wesentlichen Aussagen im Zwischenbericht, die sich an einer pluralistischen und kontroversen Geschichtsdiskussion orientieren.

Dieser Politikstil verfehlt elementare Ansprüche an eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Vergangenem, wie sie von Karl Jaspers bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert allgemeingültig formuliert wurde.

Die durchsichtige parteiegoistische Instrumentalisierung des Projekts bedingt Folgerungen für das Abstimmungsverhalten. Die Annahme unseres Antrages würde den breiten Konsens zur Konstituierung und Tätigkeit der Stiftung wiederherstellen. Anderenfalls werden die Abgeordneten der PDS in der Regel durch Enthaltung oder durch Gegenstimme ausdrücken, daß sie die von der Mehrheit des Hauses offensichtlich angestrebte parteipolitische Funktionalisierung und die erkennbar einseitigen inhaltlichen Vorgaben ablehnen. Sie werden ihre Verpflichtungen gegenüber den Opfern politischer Verfolgung und Repression in der DDR und deren legitimen Ansprüchen in anderen Formen zu verwirklichen wissen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Staatsminister Anton Pfeifer das Wort.

Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die wir heute beschließen, geht auf einen Vorschlag im Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ zurück.

Ich möchte deshalb namens der Bundesregierung zunächst einmal den Mitgliedern der Enquete-Kommission danken. Ich möchte vor allem auch dafür danken, daß Ihre sorgfältige Arbeit bewirkt hat, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung dieser Stiftung von allen Fraktionen dieses Hauses getragen wird. Für die Arbeit der Stiftung und für ihre zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dieser breite Konsens und Rückhalt im Deutschen Bundestag von großer Bedeutung.

Wenn wir auch durch die Errichtung dieser Stiftung immer wieder den Blick auf die Realitäten des SED-Staates richten, auf das Unrecht, welches in dieser Diktatur in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen Menschen zugefügt wurde, die für Freiheit, für Humanität, für Menschenrechte und Demokratie eingetreten sind, wenn wir immer wieder an die Ursachen, an die Mechanismen zur Durchsetzung des totalen Machtanspruchs des SED-Staates und an die Schäden und Folgewirkungen dieses totalitären Systems erinnern, dann geht es uns ausdrücklich nicht darum, den Menschen Vorhaltungen zu machen oder die Menschen zu verurteilen, die in diesem Staat gelebt haben.

Ich stimme der Feststellung der Enquete-Kommission ausdrücklich zu, daß zu einer solchen politisch-moralischen Bewertung in erster Linie die Menschen aus der ehemaligen DDR aufgefordert sind und daß wir, die wir im Westen Deutschlands in diesen Jahrzehnten in der Sicherheit einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie gelebt haben, uns mit politisch-moralischen Bewertungen zurückhalten sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines allerdings ist unsere gemeinsame Aufgabe: die Kennzeichnung des SED-Staates als ein illegitimes Regime und die darin zum Ausdruck kommende Absage an jede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn dies ist ein fundamentaler Beitrag dafür, zu verhindern, daß sich ein von Gewalt, Unfreiheit und Diktatur geprägtes Regime wiederholen kann und daß neues Unrecht entsteht. Es ist dies auch ein fundamentaler Beitrag dafür, daß der antitotalitäre Konsens in unserer Gesellschaft gefestigt und gefördert wird, daß die junge Generation wachsam bleibt gegenüber demokratiefeindlichen

Tendenzen, daß sich die Menschen in unserem Land die Sensibilität und Wachsamkeit gegenüber jenen Haltungen und Einstellungen bewahren, die totalitären Diktaturen den Weg bereitet haben und die sich niemals wiederholen dürfen, daß bei den Menschen unseres Landes und vor allem in der nachwachsenden Generation immer von neuem demokratisches Bewußtsein gestärkt wird und daß die Stiftung im Dialog mit der Öffentlichkeit zur inneren Einheit, zur Überwindung der Folgewirkungen der Diktatur und zur Versöhnung in unserer Gesellschaft beiträgt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung wird deshalb das ihr Mögliche dafür tun, daß diese Stiftung schnell ihre Arbeit aufnimmt. Sie wird dazu nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die dazu erforderlichen Haushaltsmittel bereits im laufenden Haushaltsjahr überplanmäßig zur Verfügung stellen und im kommenden Haushaltsjahr für die Etatisierung der erforderlichen Finanzmittel Sorge tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung wird auch das Ihre dazu beitragen, daß der politische Konsens, der zur Errichtung dieser Stiftung geführt hat, in der jetzt beginnenden Arbeit der Stiftung möglichst breit erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies, so meine ich, sind wir den Opfern von Diktatur und Gewalt schuldig. Wir sind es aber auch uns selbst und den nach uns kommenden Generationen schuldig, denen wir ein Leben in Freiheit, in Demokratie und in einer rechtsstaatlichen Ordnung sichern wollen. Denn wer das Vergessen verhindert, wer immer wieder zur authentischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Diktaturen beiträgt, der bringt den Menschen dadurch immer wieder von neuem zu Bewußtsein, was unsere Demokratie wert ist und daß wir jeder Gleichgültigkeit gegenüber der Verletzung der Menschenwürde, der Menschenrechte und des Friedensgebots entgegenzuwirken haben. Unser Grundgesetz ist geprägt von den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Das Bewußtsein für diese Werte unserer Verfassung gilt es zu stärken. Ich denke, daß diese Stiftung bei der Erfüllung ihres Auftrages genau dazu entscheidend beitragen wird.

Deshalb möchte ich Ihnen auch namens der Bundesregierung ausdrücklich dafür danken, daß dieser Gesetzentwurf heute mit der Zustimmung aller Fraktionen verabschiedet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache und gebe dem Abgeordneten Wolfgang Bierstedt das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung.

Wolfgang Bierstedt (PDS): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ursprünglich hatte ich die Absicht, dem Vorhaben „Errichtung einer Stiftung“ zuzustimmen – und dies unabhängig davon, ob der Änderungsantrag der Gruppe der PDS zum vorliegenden Gesetzentwurf Berücksichtigung finden sollte oder nicht.

Ich wollte diesem Vorhaben zustimmen, weil ich einerseits als Obmann der PDS im 2. Untersuchungsausschuß dieses Hauses einen tieferen Einblick in die Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse der DDR vermittelt bekam, der mich in Teilbereichen nachdenklicher gemacht und für bestimmte Verhaltensweisen sensibilisiert hat. Ich wollte diesem Vorhaben zustimmen, weil für mich andererseits aus der Erklärung der PDS-Bundestagsgruppe, daß es in der DDR sowohl Recht als auch Unrecht gegeben hat, Konsequenzen abgeleitet werden müssen.

Ich wollte diesem Vorhaben zustimmen, weil ich glaubte, daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung nach § 2 Abs. 3 des Gesetzentwurfes wesentlich zum Abbau von „Vorurteilen“, „Desinformationen“ und vorherrschender „Unkenntnis“ – Teil A 1 der Begründung – hätte beitragen können. Ich wollte diesem Vorhaben zustimmen, weil ich die Formulierung in der Begründung, die „Lebenswirklichkeit in der DDR in den Blick nehmen und bearbeiten“, als ein Signal betrachtet hatte, welches ich abseits von politischen Einseitigkeiten oder gar Wahlkampfbegehrlichkeiten in der auch heute noch gespaltenen Gesellschaft für unentbehrlich hielt. Stiftungsarbeit hat etwas mit wissenschaftlicher Arbeit und diese etwas mit Objektivität zu tun – so meine sicherlich etwas blauäugige Sicht.

Ich werde mich nach reiflicher Überlegung dennoch nur enthalten, weil erstens sowohl der unveränderbar erscheinende Text des Entwurfes als auch die heutige Debatte beim besten Willen nicht so interpretiert werden können, daß es um tatsächliche wissenschaftliche Aufarbeitung geht. Ich werde mich enthalten, weil zweitens die Gruppe der PDS zumindest für die Zeit, bis sie den Fraktionsstatus erlangt, aus einem Prozeß herausgehalten werden soll, der sie doch mit betrifft oder, besser gesagt, wo sie getroffen werden soll. Sollte die gestrige Beschlußempfehlung des Innenausschusses zum § 6 des Gesetzentwurfes, zum Stiftungsrat, durchkommen, hätte die PDS auch als Fraktion keine Chance. Ich frage Sie: Weshalb fürchten Sie uns so in diesem Gremium?

(Markus Meckel [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! – Gerald Häfner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn! Das ist schlicht falsch!)

– Herr Kollege Meckel, lesen Sie es ganz genau durch. Die Formulierung in der Beschlußempfehlung des Innenausschusses heißt –

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Bierstedt, Sie können eine Erklärung abgeben, aber nicht wieder in eine Debatte eintreten.

Wolfgang Bierstedt (PDS): Herr Kollege Meckel, vielleicht stellen Sie eine Frage. Dann kann ich darauf antworten.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Nein, er kann auch keine Frage stellen. Sie geben vielmehr eine Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung ab.

Wolfgang Bierstedt (PDS): Danke schön, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Bitte schön.

Wolfgang Bierstedt (PDS): Abgesehen davon ehrt mich natürlich die Sicherheit, mit der Sie uns einen Fraktionsstatus zuordnen.

Ich werde mich enthalten, weil ich drittens ganz einfach die große Gefahr sehe, daß Geschichte nicht aufgearbeitet, sondern für politische Zwecke instrumentalisiert werden soll. Diesen Schritt kann ich denn doch nicht tun.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Drucksachen 13/9870 und 13/10325 Buchstabe a. Es liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/10326 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Gruppe der PDS zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Änderungsantrag mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt worden ist.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung, und zwar mit der Berichtigung, die der Kollege Koschyk vorgetragen hat, zustimmen möchten, um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen des Hauses bei Stimmenthaltung und einer Gegenstimme der Gruppe der PDS angenommen worden ist.

Dann treten wir in die dritte Beratung und Schlußabstimmung ein. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Gesetzentwurf mit der gleichen Mehrheit wie zuvor in dritter Lesung angenommen worden ist.

Dann rufe ich die Beschlußempfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sicherstellung und Fortführung des gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses durch Errichtung einer öffentlich-

rechtlichen Stiftung, Drucksache 13/10325 Buchstabe b auf. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 13/4353 für erledigt zu erklären. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung einmütig angenommen worden ist.

Ich rufe die Beschlußempfehlung des Innenausschusses zu dem Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Drucksachen 13/8700 und 13/10325 Buchstabe c auf. Der Ausschuß empfiehlt Kenntnisnahme. Wer der Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß auch diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen worden ist.